

Geschäftsordnung

für den Stadtrat, die Ausschüsse sowie die Ortsteilräte der Stadt Apolda

Beschluss-Nr. : *SR-269/22 vom 23. November 2022*
ausgefertigt am : *24. November 2022*
veröffentlicht : *Amtsblatt der Stadt Apolda Nr. 08/22 vom 16. Dezember 2022*
in Kraft seit : *01. Januar 2023*

Aufgrund des § 34 Abs. 1 der Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl.S.41 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 05. Oktober 2022 (GVBl.S.414), hat der Stadtrat der Stadt Apolda in der Sitzung am 23. November folgende Geschäftsordnung beschlossen:

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einberufung und Ladung des Stadtrats	2
§ 2 Teilnahme an Sitzungen.....	3
§ 3 Öffentlichkeit der Sitzungen	3
§ 4 Tagesordnung	4
§ 5 Beschlussfähigkeit	5
§ 6 Persönliche Beteiligung	5
§ 7 Vorlagen.....	6
§ 8 Anträge	6
§ 9 Aktuelle Stunde	7
§ 10 Anfragen	8
§ 11 Sitzungsleitung, Hausrecht, Redeordnung	8
§ 12 Anträge zur Geschäftsordnung.....	9
§ 13 Abstimmungen (Beschlüsse und Wahlen).....	10
§ 14 Verletzung der Ordnung	11
§ 15 Niederschrift.....	12
§ 16 Behandlung der Beschlüsse.....	13
§ 17 Fraktionen.....	13
§ 18 Zuständigkeit des Stadtrats	13
§ 19 Ausschüsse des Stadtrats	14
§ 20 Bildung der Ausschüsse	16
§ 21 Zuständigkeit des Bürgermeisters	19
§ 22 Sprachform, Änderungen, Inkrafttreten und Außerkrafttreten.....	19

§ 1 Einberufung und Ladung des Stadtrats

- (1) Der Stadtrat ist einzuberufen, wenn es die Geschäftslage erfordert. Im Übrigen soll mindestens vierteljährlich eine Sitzung stattfinden.
- (2) Der Stadtrat ist unverzüglich einzuberufen, wenn es mindestens ein Viertel der Stadtratsmitglieder schriftlich unter Angabe des Beratungsgegenstandes verlangt. Dies gilt nicht, wenn der Stadtrat den gleichen Beratungsgegenstand innerhalb der letzten drei Monate bereits beraten hat, es sei denn, dass sich die Sach- oder Rechtslage wesentlich geändert hat.
- (3) Der Bürgermeister lädt die Stadtratsmitglieder und die sonstigen nach den Bestimmungen der Thüringer Kommunalordnung zu ladenden Personen schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung ein. Die in Satz 1 vorgesehene Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden, wenn das Mitglied des Stadtrates einverstanden ist und für die Übermittlung elektronischer Dokumente einen Zugang eröffnet. Zwischen dem Tag des Zugangs der Einladung und dem Tag der Sitzung müssen fünf volle Kalendertage liegen. Der Einladung an die zu ladenden Personen sollen die für die Beratung erforderlichen Unterlagen beigelegt werden, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechnete Interessen Einzelner entgegenstehen.
- (4) Die Unterlagen zu Haushaltssatzung und zum Haushaltsplan sind den Stadtratsmitgliedern sowie den Ortsteilbürgermeistern vier Wochen vor der Behandlung im Stadtrat zu übergeben.
- (5) Sofern eine Entscheidung nicht ohne Nachteil für die Gemeinde aufgeschoben werden kann (Dringlichkeit), kann die Einladungsfrist abgekürzt werden, jedoch muss die Einladung spätestens am zweiten Tag vor der Sitzung zugehen und einen Hinweis auf die Verkürzung der Frist enthalten. Die Dringlichkeit ist vom Stadtrat vor Eintritt in die Tagesordnung festzustellen.
- (6) Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen sind spätestens am vierten Tag, bei Dringlichkeit am zweiten Tag vor der Sitzung, ortsüblich öffentlich bekannt zu machen. Für die Tagesordnung nichtöffentlicher Sitzungen gilt dies nur insoweit, als dadurch der Zweck der Nichtöffentlichkeit nicht gefährdet wird.
- (7) Eine Verletzung von Form und Frist der Einladung eines Stadtratsmitglieds oder einer sonstigen nach den Bestimmungen der Thüringer Kommunalordnung zu ladenden Person gilt als geheilt, wenn das Stadtratsmitglied oder die zu ladende Person zu der Sitzung erscheint und den Mangel nicht geltend macht.
- (8) Die Ortsteilbürgermeister haben das Recht, beratend an allen die Belange ihres Ortsteils betreffenden Sitzungen des Stadtrats und der Ausschüsse teilzunehmen und entsprechende Anträge zu stellen. Sie sind hierzu wie ein Stadtratsmitglied zu laden.

§ 2 Teilnahme an Sitzungen

- (1) Die Stadtratsmitglieder sind zur Teilnahme an den Sitzungen des Stadtrats und zur Übernahme der ihnen zugewiesenen Geschäfte verpflichtet. Gegen Stadtratsmitglieder, die sich dieser Verpflichtung ohne genügende Entschuldigung entziehen, kann der Stadtrat ein Ordnungsgeld bis zu fünfhundert Euro im Einzelfall verhängen.
- (2) Ein Stadtratsmitglied, das an einer Sitzung nicht oder nicht rechtzeitig teilnehmen kann oder die Sitzung vorzeitig verlassen will, muss dies dem Büro Stadtrat bzw. dem Vorsitzenden unter Angabe des Entschuldigungsgrundes möglichst frühzeitig mitteilen. Die Mitteilung gilt in der Regel als Entschuldigung und kann ausnahmsweise auch nachgereicht werden.
- (3) Stadtratsmitglieder, die einem Ausschuss angehören, sind bei Verhinderung verpflichtet, die Einladung und die Sitzungsunterlagen unverzüglich an ihren persönlichen Vertreter im Ausschuss weiterzuleiten.
- (4) Für jede Sitzung wird eine Anwesenheitsliste ausgelegt, in die sich jedes anwesende Stadtratsmitglied eigenhändig eintragen muss.
- (5) Die Stadtratsmitglieder sind verpflichtet, über die ihnen bei Ausübung ihres Amtes bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren, soweit nicht diese Tatsachen offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen. Werden diese Verpflichtungen schuldhaft verletzt, kann der Stadtrat im Einzelfall ein Ordnungsgeld bis zu zweitausendfünfhundert Euro verhängen.

§ 3 Öffentlichkeit der Sitzungen

- (1) Die Sitzungen des Stadtrats sind öffentlich, soweit nicht Rücksichten auf das Wohl der Allgemeinheit oder das berechtigte Interesse einzelner entgegenstehen. Über den Ausschluss der Öffentlichkeit wird in nichtöffentlicher Sitzung beraten und entschieden.
- (2) In nichtöffentlicher Sitzung werden in der Regel behandelt:
 - Personalangelegenheiten, mit Ausnahme von Wahlen;
 - Grundstücksgeschäfte, die der Vertraulichkeit bedürfen, z. B. wegen der Erörterung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse eines Beteiligten;
 - Auftragsvergaben, sofern schutzwürdige Belange der Bieter oder sonstiger Privatpersonen berührt werden, z. B. wenn die Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit eines Anbieters erörtert werden;
 - Verträge sowie Verhandlungen mit Dritten und sonstige Angelegenheiten, wenn jeweils eine vertrauliche Behandlung geboten erscheint;
 - vertrauliche Abgabenangelegenheiten, die dem Steuergeheimnis (§ 30 AO) unterliegen oder
 - vertrauliche Sozialangelegenheiten, die dem Sozialgeheimnis (§ 35 SGB I) unterliegen.

- (3) Film-, Bild- und Tonaufzeichnungen bedürfen der Zustimmung des Vorsitzenden. Einzelne Stadtratsmitglieder können verlangen, dass ihr Redebeitrag nicht aufgezeichnet wird. Für Tonaufzeichnungen als Hilfsmittel zum Anfertigen der Niederschrift wird auf § 15 Abs. 3 dieser Geschäftsordnung verwiesen.
- (4) An den nichtöffentlichen Sitzungen dürfen grundsätzlich der Bürgermeister, die Mitglieder des Stadtrats und die Ortsteilbürgermeister mit Antrags- und Rederecht teilnehmen. Jedoch beschränkt sich das Antrags- und Rederecht der Ortsteilbürgermeister auf die Belange ihres Ortsteils.

Zudem dürfen anwesend sein an einer nichtöffentlichen Sitzung außer der Schriftführerin der Justiziar sowie der Leiter des Fachbereiches, der zur Klärung der Sachlage einer Beschlussvorlage beitragen kann. Auf Beschluss des Stadtrates können aus sachlichen Gründen auch weitere Personen (andere Bedienstete der Verwaltung, Vertreter kommunaler Gesellschaften, Sachverständige, Rechtsreferendare u. a.) hinzugezogen werden.

§ 4 Tagesordnung

- (1) Der Bürgermeister setzt im Benehmen mit dem Hauptausschuss die Tagesordnung fest und bereitet die Beratungsgegenstände vor.
- (2) In die Tagesordnung sind Anträge und Anfragen aufzunehmen, die dem Bürgermeister schriftlich bis spätestens 12 Tage vor der Sitzung von mindestens einem Viertel der Stadtratsmitglieder oder einer Fraktion vorgelegt werden. In die Tagesordnung aufzunehmende Anträge müssen schriftlich begründet werden und einen konkreten Beschlussvorschlag enthalten. Das Recht einer Fraktion oder von mindestens einem Viertel der Stadtratsmitglieder zur Aufnahme einer Angelegenheit in die Tagesordnung besteht nicht, wenn der Stadtrat den gleichen Gegenstand innerhalb der letzten drei Monate bereits beraten hat, es sei denn, dass sich die Sach- oder Rechtslage wesentlich geändert hat.
- (3) Die vom Bürgermeister festgesetzte Tagesordnung kann um weitere Gegenstände nur erweitert werden, wenn
 - a) diese in einer nichtöffentlichen Sitzung zu behandeln sind, alle Mitglieder und sonstige nach den Bestimmungen der Thüringer Kommunalordnung zu ladenden Personen anwesend und mit der Behandlung einverstanden sind oder
 - b) bei Dringlichkeit der Angelegenheit der Stadtrat mit einer Mehrheit von zwei Dritteln seiner anwesenden Mitglieder die Behandlung eines Gegenstandes beschließt. Dringlich ist eine Angelegenheit, wenn deren Entscheidung nicht ohne Nachteil für die Stadt aufgeschoben werden kann.
- (4) Der Stadtrat kann durch Beschluss die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte ändern, verwandte Punkte verbinden und Beratungspunkte von der Tagesordnung absetzen. Für die Behandlung dieser Anträge zur Geschäftsordnung gilt § 12 dieser Geschäftsordnung. Die einzelnen Punkte der Tagesordnung werden der Reihe nach aufgerufen und behandelt.

§ 5 Beschlussfähigkeit

- (1) Beschlüsse des Stadtrats werden in Sitzungen gefasst. Zu Beginn der Sitzung stellt der Vorsitzende die Beschlussfähigkeit fest, indem er prüft, ob sämtliche Mitglieder und nach der Thüringer Kommunalordnung zu ladende Personen ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Wenn der Stadtrat nicht ordnungsgemäß einberufen wurde, darf die Sitzung nicht stattfinden.
- (2) Der Vorsitzende hat sich vor jeder Abstimmung davon zu überzeugen, dass der Stadtrat beschlussfähig ist. Stellt er die Beschlussunfähigkeit fest, kann er die Sitzung unterbrechen oder schließen. Besteht die Beschlussunfähigkeit nur für den behandelten Gegenstand, geht der Vorsitzende zum nächsten Tagesordnungspunkt über.
- (3) Wird der Stadtrat nach Beschlussunfähigkeit wegen mangelnder Anwesenheit in der ersten Sitzung zum zweiten Mal zur Verhandlung über denselben Gegenstand zusammengerufen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig. Bei der zweiten Einladung muss auf diese Bestimmung hingewiesen werden.
- (4) Ist die Hälfte oder mehr als die Hälfte der Mitglieder des Stadtrats von der Beratung und Abstimmung wegen persönlicher Beteiligung (§ 38 ThürKO) ausgeschlossen, so ist der Stadtrat beschlussfähig, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist. Andernfalls entscheidet der Bürgermeister nach Anhörung der nicht ausgeschlossenen anwesenden Stadtratsmitglieder anstelle des Stadtrats.

§ 6 Persönliche Beteiligung

- (1) Kann ein Beschluss einem Mitglied des Stadtrats selbst oder seinem Ehegatten oder einem Verwandten oder Verschwägerten bis zum dritten Grad (§§ 1589, 1590 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) oder einer von ihm kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen natürlichen oder juristischen Person unmittelbar einen Vorteil oder Nachteil bringen, so darf es an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen. Dies gilt nicht, wenn das Mitglied an der Entscheidung der Angelegenheit lediglich als Angehöriger einer Berufs- oder Bevölkerungsgruppe beteiligt ist, deren gemeinsame Interessen durch die Angelegenheit berührt werden. Als unmittelbar gilt nur derjenige Vorteil oder Nachteil, der sich direkt aus der Entscheidung ergibt, ohne dass weitere Ereignisse eintreten oder Maßnahmen getroffen werden müssen, die über die Ausführung von Beschlüssen hinausgehen. Bei nichtöffentlicher Sitzung hat das Mitglied den Sitzungsraum zu verlassen, bei öffentlichen Sitzungen darf es sich in dem für die Zuhörer bestimmten Teil des Sitzungsraumes aufhalten. Gleiches gilt, wenn ein Mitglied in anderer als in öffentlicher Eigenschaft ein Gutachten abgegeben hat. Die Nichtmitwirkung ist in der Niederschrift zu vermerken. Der Betroffene kann verlangen, dass die Gründe für die Nichtmitwirkung in die Niederschrift aufgenommen werden. Die Sätze 1 bis 7 gelten entsprechend für sonstige nach den Bestimmungen der Thüringer Kommunalordnung zu ladende Personen.

- (2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 gelten nicht für Wahlen.
- (3) Muss der Betroffene annehmen, wegen persönlicher Beteiligung an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen zu dürfen, so hat er die Tatsachen, die seine persönliche Beteiligung begründen können, vor Beginn der Beratung des betreffenden Tagesordnungspunktes unaufgefordert dem Stadtrat zu offenbaren. Die Entscheidung über den Ausschluss von der Beratung und Abstimmung trifft der Stadtrat in nichtöffentlicher Sitzung in Abwesenheit des Betroffenen.
- (4) Ein Beschluss ist nur dann unwirksam, wenn ein Mitglied des Stadtrats zu Unrecht von der Beratung oder Abstimmung ausgeschlossen worden ist oder ein persönlich Beteiligter an der Abstimmung teilgenommen hat und nicht auszuschließen ist, dass seine Teilnahme an der Abstimmung für das Abstimmungsergebnis entscheidend war. Der Beschluss gilt jedoch als von Anfang an wirksam, wenn die in Satz 1 genannte Verletzung der Bestimmungen über die persönliche Beteiligung nicht innerhalb von drei Monaten nach der Beschlussfassung unter Bezeichnung der Tatsachen, die eine solche Verletzung begründen können, gegenüber der Stadt geltend gemacht worden ist. Bei Satzungsbeschlüssen und Beschlüssen über Flächennutzungspläne gilt § 21 Abs. 4 bis 6 ThürKO.

§ 7 Vorlagen

- (1) Beschlussvorlagen sind schriftliche Sachverhaltsdarstellungen (Erläuterungen) mit einem Beschlussvorschlag, die vom Bürgermeister zur Beratung und Beschlussfassung an den Stadtrat gerichtet werden sollen.
- (2) Mitteilungsvorlagen dienen ausschließlich der Information über den Sachverhalt. Die Sachverhaltsdarstellungen können auch in separaten Vorlagen erfolgen, die als Anlage zu einer Drucksache deren Bestandteil werden.
Der Bürgermeister hat den Stadtrat mindestens zweimal im Jahr per Mitteilungsvorlage über den Bearbeitungsstand bereits beschlossener Anträge und laut Haushaltsbeschluss noch nicht beendeter städtischer Investitionen und Maßnahmen zu informieren. Dies soll in der letzten Sitzung vor der parlamentarischen „Sommerpause“ sowie in der letzten geplanten Sitzung des Kalenderjahres erfolgen.
Aus Beratungs- und Mitteilungsvorlagen hergeleitete Anträge können frühestens in der darauffolgenden Sitzung behandelt werden.
- (3) Der Bürgermeister kann bestimmen, dass für ihn ein Beigeordneter oder ein Bediensteter der Stadtverwaltung Vorlagen in der Stadtratssitzung erläutert. Der Stadtrat kann durch Beschluss Vorlagen zur Behandlung an Ausschüsse verweisen oder ihre Behandlung vertagen.

§ 8 Anträge

- (1) Anträge sind nur zulässig, wenn der Stadtrat für den Gegenstand der Beschlussfassung zuständig ist, anderenfalls sind sie ohne Sachdebatte vom Stadtrat als unzulässig zurückzuweisen. Antragsberechtigt sind jede Fraktion, der Bürgermeister und jedes gewählte Stadtratsmitglied. Antragsberechtigt sind auch die Ortsteilbürgermeister für alle

ihren Ortsteil betreffenden Belange. Von mehreren Stadtratsmitgliedern und / oder mehreren Fraktionen können gemeinsame Anträge gestellt werden. Jeder Antrag soll vom Antragsteller vorgetragen und begründet werden.

- (2) Anträge, die vom Stadtrat abgelehnt worden sind, können von demselben Antragsteller bzw. derselben antragstellenden Fraktion frühestens drei Monate nach der Ablehnung wieder eingebracht werden. Sie sind allerdings zulässig, wenn begründet dargelegt wird, dass die entscheidungserheblichen Tatsachen sich verändert haben.
- (3) Änderungsanträge zu Tagesordnungspunkten müssen begründet sein und einen konkreten Beschlussvorschlag enthalten.
- (4) Bei Beratungen über Haushaltssatzungen und -pläne sind die Änderungsanträge mindestens acht Tage vor der Sitzung schriftlich dem Büro Stadtrat vorzulegen. Handelt es sich gemäß der genannten Frist bei dem letztmöglichen Einreichungstag um einen arbeitsfreien Tag, so tritt an die Stelle dieses Tages der vorausgehende Arbeitstag (Abgabetermin: 12:00 Uhr).
Die Änderungsanträge müssen haushaltsneutral vorgelegt und notfalls mit einem Deckungsvorschlag versehen werden.
Über den Eingang des Änderungsantrages sind unverzüglich die Fraktionen zu benachrichtigen.

§ 9 Aktuelle Stunde

- (1) Eine aktuelle Stunde findet auf Antrag der Bürgermeisterin bzw. des Bürgermeisters oder einer Fraktion zu Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises der Kreisstadt Apolda statt. Sie ist auf ein Thema zu beschränken. Der Antrag, der das Thema der Aktuellen Stunde benennt, ist spätestens 4 Tage (bis 12.00 Uhr) vor einer Stadtratssitzung schriftlich im Büro Stadtrat einzureichen. Handelt es sich bei dem letztmöglichen Einreichungstag um einen arbeitsfreien Tag, so tritt an die Stelle dieses Tages der vorausgehende Arbeitstag. Der Antrag ist den Fraktionen von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister zur Kenntnis zu geben und zu Beginn der Sitzung des Stadtrates unter dem Tagesordnungspunkt „Aktuelle Stunde“ aufzurufen.
- (2) Die Dauer der Aussprache wird auf 45 Minuten begrenzt. Die antragstellende Person oder Fraktion hat als erste Rederecht. Die Fraktionen sowie die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister haben die gleiche Redezeit.
Bei mehreren Anträgen auf eine Aktuelle Stunde kann der Stadtrat die Aussprache auf insgesamt 60 Minuten ausdehnen, wobei für jeden Sachverhalt, zu dem die Aktuelle Stunde beantragt wurde, mindestens 20 Minuten zur Verfügung stehen müssen. Die Redezeit verringert sich dementsprechend anteilig. Die Reihenfolge des Aufrufes in der Stadtratssitzung richtet sich nach Antragseingang im Büro Stadtrat.
- (3) Jede Fraktion und die Bürgermeisterin bzw. der Bürgermeister können pro Kalenderjahr maximal zwei Aktuelle Stunden beantragen.

§ 10 Anfragen

- (1) Anfragen in Selbstverwaltungsangelegenheiten können von den Fraktionen und auch von einzelnen Stadtratsmitgliedern an den Bürgermeister gerichtet werden und sollen mindestens fünf Arbeitstage vor der Sitzung dem Bürgermeister schriftlich vorliegen; der Sitzungstag wird bei der Berechnung der Frist nicht mitgerechnet. Das Fragerecht erstreckt sich nicht auf den Zuständigkeitsbereich des Bürgermeisters für Angelegenheiten im übertragenen Wirkungskreis.
- (2) Ein Fraktionsmitglied - bei Anfragen einer Fraktion - bzw. das anfragende Stadtratsmitglied kann die Anfrage in der Sitzung vorlesen und begründen.
- (3) Anfragen werden vom Bürgermeister, einem von ihm beauftragten Beigeordneten oder einem Bediensteten der Stadtverwaltung beantwortet. Der Anfragende hat nach der Beantwortung das Recht, zusätzlich maximal zwei Zusatzfragen zur Sache zu stellen, die nach Möglichkeit in der Sitzung zu beantworten sind. Ist dies nicht möglich, so hat der Bürgermeister dem Fragesteller innerhalb eines Monats eine schriftliche Antwort zu erteilen, von der die Fraktionen des Stadtrats jeweils eine Kopie erhalten. Eine Aussprache über die Anfrage findet nicht statt.
- (4) Erst in der Sitzung gestellte Anfragen können nur dann zugelassen werden, wenn der Stadtrat die Dringlichkeit mit zwei Dritteln seiner anwesenden Mitglieder beschließt. Sie sollen in der Sitzung beantwortet werden, wenn der Bürgermeister sich hierzu in der Lage sieht. Andernfalls werden sie in der nächsten Stadtratssitzung beantwortet, sofern der Anfragende nicht mit einer früheren schriftlichen Antwort einverstanden ist. Erfolgt eine schriftliche Beantwortung, erhalten die Fraktionen des Stadtrats jeweils eine Kopie davon.
- (5) In jeder Sitzung eines Ausschusses wird die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil vor dem TOP „Sonstiges“ mit einem regelhaften TOP „Anfragen der Mitglieder des Ausschusses“ erweitert. Die Anfragen können schriftlich vor sowie in der Sitzung mündlich oder schriftlich gestellt werden.

§ 11 Sitzungsleitung, Hausrecht, Redeordnung

- (1) Der Vorsitzende des Stadtrats leitet die Sitzung, übt das Hausrecht aus und sorgt für die Aufrechterhaltung der Ordnung. Ist er verhindert, führt den Vorsitz im Stadtrat sein Stellvertreter.
- (2) Jedes Stadtratsmitglied darf zur Sache erst sprechen, wenn es sich zuvor zu Wort gemeldet und der Vorsitzende ihm dieses erteilt hat. Der Redner darf nur zu den zur Beratung anstehenden Angelegenheiten Stellung nehmen. Das Wort wird in der Reihenfolge der Wortmeldungen erteilt. Melden sich mehrere Stadtratsmitglieder gleichzeitig, so entscheidet der Vorsitzende über die Reihenfolge. Dem Antragsteller ist auf Wunsch zum Schluss der Beratung nochmals das Wort zu erteilen.

- (3) Zu einem Punkt der Tagesordnung soll der erste Redner einer Fraktion insgesamt nicht länger als 15 Minuten, jeder weitere Redner aus der gleichen Fraktion insgesamt nicht länger als 10 Minuten sprechen. Überschreitet ein Redner die ihm zustehende Redezeit, so kann ihm der Vorsitzende nach zweimaliger Ermahnung das Wort entziehen.
- (4) Will sich der Vorsitzende an der Beratung als Redner beteiligen, muss er den Vorsitz während der Beratungsdauer des Verhandlungsgegenstandes an seinen Stellvertreter, im Fall von dessen Abwesenheit an den Bürgermeister abgeben.
- (5) Redner, die gegen die vorstehenden Regeln verstoßen, ruft der Vorsitzende zur Ordnung und macht sie auf den Verstoß aufmerksam. Bei einem weiteren Verstoß kann ihnen der Vorsitzende das Wort entziehen.

§ 12 Anträge zur Geschäftsordnung

- (1) Zur Geschäftsordnung können folgende Anträge gestellt werden:
 - a) Änderung der Geschäftsordnung,
 - b) Änderung der Tagesordnung,
 - c) Übergang zum nächsten Punkt der Tagesordnung,
 - d) Schließung der Sitzung,
 - e) Unterbrechung der Sitzung,
 - f) Vertagung,
 - g) Verweisung an einen Ausschuss,
 - h) Verweisung an die Fraktionen,
 - i) Ausschluss oder Wiederherstellung der Öffentlichkeit,
 - j) Annahme/Rücknahme von Anträgen,
 - k) Anhörung von Personen, insbesondere Sachverständigen,
 - l) namentliche Abstimmung,
 - m) geheime Abstimmung,
 - n) geteilte Abstimmung,
 - o) Protokollierung von wörtlichen Meinungsäußerungen,
 - p) Teilnahme von Personen an nichtöffentlichen Sitzungen,
 - q) Erhöhung der Dauer der Einwohnerfragestunde.
 - r) Beendigung der Beratung,
 - s) Begrenzung der Zahl der Redner,
 - t) Begrenzung der Dauer der Redezeit,
 - u) Begrenzung der Beratung.

Über Anträge zur Geschäftsordnung beschließt der Stadtrat sofort mit der Mehrheit der auf Ja oder Nein lautenden Stimmen (einfache Mehrheit). Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt. Dem Geschäftsordnungsantrag auf Sitzungsunterbrechung oder Unterbrechung der Sitzung und Einberufung des Ältestenrates (Mitglieder des Hauptausschusses) ist ohne Abstimmung zu entsprechen. Die Unterbrechung soll 15 Minuten nicht übersteigen.

- (2) Anträge zur Geschäftsordnung können außer der Reihe gestellt werden und gehen allen Anträgen vor. Sie bedürfen keiner Begründung. Bei ausdrücklichem Widerspruch ist vor der Abstimmung je ein Redner für und gegen den Antrag zu hören.

- (3) Auf Anträge zur Geschäftsordnung muss der Vorsitzende das Wort unverzüglich außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen erteilen, höchstens jedoch zweimal einem Redner zum selben Gegenstand. Die Ausführungen dürfen sich nur auf die geschäftsordnungsmäßige Behandlung des zur Verhandlung stehenden Gegenstandes beziehen. Bei Verstößen soll dem Redner sofort das Wort entzogen werden. Die Redezeit beträgt höchstens drei Minuten. Wird ein Geschäftsordnungsantrag abgelehnt, so darf er zum gleichen Beratungspunkt nicht wiederholt werden.
- (4) Ein Antrag auf Beendigung der Beratung kann nur von einem Stadtratsmitglied gestellt werden, das noch nicht zur Sache gesprochen hat. Des Weiteren muss jeder Fraktion und jedem Stadtratsmitglied, das keiner Fraktion angehört, Gelegenheit gegeben werden, ihre/seine Argumente zum Beratungsgegenstand vorzutragen; anderenfalls ist hierzu die Möglichkeit einzuräumen.

§ 13 Abstimmungen (Beschlüsse und Wahlen)

- (1) Über jeden Beratungsgegenstand ist gesondert abzustimmen.
- (2) Bei mehreren Anträgen zu dem gleichen Gegenstand wird über den weitergehenden Antrag zuerst, über einen Gegenantrag oder einen Antrag auf Abänderung vor dem ursprünglichen Antrag abgestimmt. Bestehen Zweifel darüber, welcher Antrag der weitergehende ist, so entscheidet darüber der Vorsitzende.
- (3) Vor der Abstimmung ist die endgültige Formulierung des Antrags zu verlesen, soweit sie sich nicht aus der Vorlage ergibt; das gilt nicht für Geschäftsordnungsanträge. Bei Beschlüssen stellt der Vorsitzende die Frage, über die abgestimmt werden soll, so, dass sie mit „Ja“ oder „Nein“ beantwortet werden kann.
- (4) Beschlüsse des Stadtrats werden mit der Mehrheit der auf „Ja“ oder „Nein“ lautenden Stimmen gefasst, soweit nicht durch Gesetz eine andere Mehrheit vorgesehen ist; die zulässigen Stimmenthaltungen werden dabei nicht berücksichtigt. Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt. Bei Beschlüssen, die mit qualifizierter Mehrheit zu fassen sind, hat der Vorsitzende durch ausdrückliche Erklärung festzustellen, dass diese qualifizierte Mehrheit dem Antrag oder der Vorlage zugestimmt hat.
- (5) Die Beschlussfassung erfolgt grundsätzlich offen durch Handheben, erkennbare Zustimmung oder durch Erheben von den Sitzen. Für- und Gegenstimmen sowie Stimmenthaltungen sind zu zählen und die jeweiligen Zahlen in der Niederschrift festzuhalten.
- (6) Geheim wird in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen abgestimmt oder wenn dies der Stadtrat beschließt.

- (7) Der Stadtrat kann beschließen, namentlich abzustimmen. Bei namentlicher Abstimmung werden die stimmberechtigten Mitglieder des Stadtrats vom Vorsitzenden einzeln aufgerufen.
- (8) Bei geheimer Beschlussfassung und Wahlen durch Stimmzettel sind Stimmzettel ungültig, wenn sie leer sind, Zusätze enthalten oder den Willen des Stimmberechtigten nicht zweifelsfrei erkennen lassen. Die Stimmzettel werden von je einem Stadtratsmitglied der Fraktionen ausgezählt, die das Ergebnis dem Vorsitzenden mitteilen.
- (9) Wahlen werden in geheimer Abstimmung durchgeführt. Es können nur solche Personen gewählt werden, die dem Stadtrat vor der Wahl vorgeschlagen worden sind. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten erhalten hat. Wird eine solche Mehrheit bei der Wahl nicht erreicht, findet zwischen den beiden Bewerbern mit den höchsten Stimmzahlen eine Stichwahl statt, bei der gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los. Ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen ungültig, so ist die Stichwahl zu wiederholen. Der Stadtrat kann nach jedem erfolglosen Wahlgang beschließen, die Wahl abzubrechen und in derselben oder einer weiteren Sitzung eine erneute Wahl durchzuführen. Neue Bewerber können nur zu einer Wahl in einer weiteren Sitzung vorgeschlagen werden. Steht nur ein Bewerber zur Wahl, findet bei Nichterreichen der Mehrheit der Stimmen der anwesenden Stimmberechtigten im ersten Wahlgang ein zweiter Wahlgang statt, in dem der Bewerber gewählt ist, wenn er mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.
- (10) Sind mehrere gleichartige unbesoldete Stellen zu besetzen, können die Wahlen in einem Wahlvorgang durchgeführt werden, indem alle Bewerber auf einem Stimmzettel erfasst werden und je zu besetzende Stelle eine Stimme vergeben werden kann. Ungültig sind Stimmen hinsichtlich der betreffenden Person, wenn der Stimmzettel gegenüber dieser Person einen Zusatz oder Vorbehalt enthält oder der Stimmzettel den Willen des Stimmberechtigten nicht zweifelsfrei erkennen lässt. Gewählt sind die Bewerber in der Reihenfolge der Zahl der gültigen Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los. Die Stellen von ehrenamtlichen Beigeordneten sind keine gleichartigen Stellen im Sinne des Satzes 1.
- (11) Die Bestimmungen der Absätze 9 und 10 gelten für alle Entscheidungen des Stadtrats, die in der Thüringer Kommunalordnung oder in anderen Rechtsvorschriften als Wahlen bezeichnet werden, soweit diese Regelungen keine abweichenden Anforderungen enthalten.
- (12) Der Vorsitzende stellt das Ergebnis der Abstimmung fest und gibt es anschließend bekannt. Die Richtigkeit des Abstimmungsergebnisses kann nur sofort nach der Verkündung beanstandet werden. Bei rechtzeitiger Beanstandung muss die Abstimmung unverzüglich wiederholt werden, wenn dies der Stadtrat beschließt.

§ 14 Verletzung der Ordnung

- (1) Wer in der Beratung von der Sache abweicht, kann vom Vorsitzenden ermahnt und im Wiederholungsfalle zur Ordnung gerufen werden.
- (2) Wer sich ungebührlicher oder beleidigender Äußerungen bedient, ist vom Vorsitzenden zur Ordnung zu rufen. Eine Aussprache über die Berechtigung, "zur Ordnung" zu rufen, ist unzulässig.
- (3) Beim dritten Ordnungsruf in einer Sitzung kann der Vorsitzende dem Redner das Wort entziehen. Einem Redner, dem das Wort entzogen wurde, darf es zu diesem Beratungsgegenstand nicht wieder erteilt werden.
- (4) Bei fortgesetzter erheblicher Störung der Ordnung kann der Vorsitzende ein Stadtratsmitglied mit Zustimmung des Stadtrats von der laufenden Sitzung ausschließen. Dem Ausschluss soll ein dreimaliger Ordnungsruf vorausgehen. Das Stadtratsmitglied soll beim dritten Ordnungsruf auf die Möglichkeit des Ausschlusses hingewiesen werden.
- (5) Wird die Sitzung durch Zuhörer gestört, kann der Vorsitzende diese ausschließen, die Sitzung unterbrechen oder den Zuhörerraum räumen lassen.
- (6) Entsteht im Stadtrat störende Unruhe, so kann der Vorsitzende die Sitzung unterbrechen oder schließen.

§ 15 Niederschrift

- (1) Über die Sitzungen des Stadtrats fertigt der vom Bürgermeister bestimmte Schriftführer eine Niederschrift an. Die Niederschriften über öffentliche und nichtöffentliche Sitzungen sind getrennt zu führen. Die Niederschrift muss Tag, Zeit und Ort der Sitzung, die Namen der anwesenden Teilnehmer und die der abwesenden Mitglieder des Stadtrats unter Angabe ihres Abwesenheitsgrundes sowie die behandelten Gegenstände, die Beschlüsse und das Abstimmungsergebnis erkennen lassen. Jedes Mitglied kann verlangen, dass in der Niederschrift festgehalten wird, wie es abgestimmt hat; das gilt nicht bei geheimer Abstimmung.
- (2) Werden vom Redner Schriftsätze verlesen, so sollen sie dem Schriftführer im Original oder in Abschrift für die Niederschrift zur Verfügung gestellt werden.
- (3) Als Hilfsmittel zum Anfertigen der Niederschrift können Tonaufzeichnungen gefertigt werden. Die Tonträger sind bis zur Genehmigung der Niederschrift aufzubewahren, dürfen Außenstehenden nicht zugänglich gemacht werden und sind nach Genehmigung der Niederschrift durch den Stadtrat alsbald zu löschen. Für archivarische Zwecke dürfen Tonaufzeichnungen nur mit ausdrücklicher Billigung des Stadtrats aufbewahrt werden.
- (4) Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterschreiben und in der nächsten Sitzung durch Beschluss des Stadtrats zu genehmigen.

- (5) Die Mitglieder des Stadtrats können jederzeit die Niederschriften einsehen und sich Abschriften der Niederschriften über öffentliche Sitzungen erteilen lassen. Hat der Stadtrat entschieden, dass die Gründe der Geheimhaltung nach § 40 Abs. 2 Satz 2 der ThürKO weggefallen sind, wird die Niederschrift über diesen Teil der nichtöffentlichen Sitzung den Stadratsmitgliedern und den sonstigen zu ladenden Personen mit der Einladung zur nächsten Sitzung zur Verfügung gestellt.
- (6) Die Einsicht in die Niederschriften über öffentliche Sitzungen bei der Gemeindeverwaltung steht allen Bürgern frei.

§ 16 Behandlung der Beschlüsse

- (1) Der Wortlaut der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse des Stadtrats und der beschließenden Ausschüsse wird unverzüglich in ortsüblicher Weise öffentlich bekannt gemacht. Die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse sind in gleicher Weise bekannt zu machen, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind. Die Entscheidung hierüber trifft der Stadtrat.
- (2) Hält der Bürgermeister eine Entscheidung des Stadtrats oder eines Ausschusses für rechtswidrig, so hat er ihren Vollzug auszusetzen und sie in der nächsten Sitzung, die innerhalb eines Monats nach der Entscheidung stattfinden muss, gegenüber dem Stadtrat oder dem Ausschuss zu beanstanden. Verbleibt der Stadtrat oder der Ausschuss bei seiner Entscheidung, so hat der Bürgermeister unverzüglich die Rechtsaufsichtsbehörde zu unterrichten.

§ 17 Fraktionen

- (1) Stadratsmitglieder können sich zu Fraktionen zusammenschließen. Eine Fraktion kann auch aus Mitgliedern mehrerer Parteien oder Wählergruppen gebildet werden. Die Fraktion muss mindestens aus zwei Stadratsmitgliedern bestehen und jedes Stadratsmitglied darf nur einer Fraktion angehören.
- (2) Der Zusammenschluss zu einer Fraktion, ihre Bezeichnung sowie deren Vorsitzender und sein Stellvertreter wie auch die Namen der Fraktionsmitglieder sind dem Bürgermeister schriftlich mitzuteilen, der hierüber unverzüglich den Stadtrat unterrichtet. Das Gleiche gilt für spätere Änderungen.

§ 18 Zuständigkeit des Stadtrats

- (1) Der Stadtrat beschließt über die Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Stadt, soweit er nicht die Beschlussfassung auf einen beschließenden Ausschuss übertragen hat oder der Bürgermeister zuständig ist.
- (2) Für nachfolgend aufgeführte Angelegenheiten ist allein der Stadtrat zuständig:
 - a) die Beschlussfassung über Angelegenheiten, zu deren Erledigung die Stadt der Genehmigung oder sonstigen staatlichen Zustimmung bedarf;

- b) der Erlass, die Änderung oder Aufhebung von Satzungen;
- c) der Erlass oder die Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrats;
- d) die Beschlussfassung über Gebiets- oder Bestandsänderungen der Stadt;
- e) die Beschlussfassung über den Abschluss von Tarifverträgen;
- f) die Ernennung zum Ehrenbürger und anderer Ehrungen der Stadt;
- g) die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung, die Nachtragshaushaltssatzungen, das Haushaltssicherungskonzept und die Entscheidung über das Stellen eines Antrags nach § 87 Abs. 3 ThürKO (Übertragung von eigenen Aufgaben auf den Landkreis);
- h) die Beschlussfassung über den Finanzplan nach § 62 ThürKO oder den mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplan;
- i) die Feststellung der Jahresrechnung und der Jahresabschlüsse sowie die Beschlussfassung über die Entlastung;
- j) die Beschlussfassung über die Festsetzung von Abgaben und privatrechtlichen Entgelten der Stadt oder solcher Unternehmen, an denen die Stadt mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt ist;
- k) die Entscheidung über die Gründung, Übernahme, Erweiterung oder Aufhebung von Unternehmen der Stadt und über die Beteiligung an Unternehmen;
- l) die Veräußerung von Gemeindevermögen, soweit diese nicht nach Art und Umfang eine laufende Angelegenheit ist;
- m) die Bestellung von Vertretern der Stadt in Aufsichts- und Verwaltungsräten sowie
- n) sonstige Angelegenheiten, über die kraft Gesetzes der Stadtrat entscheidet.

Diese Angelegenheiten können weder einem beschließenden Ausschuss noch dem Bürgermeister zur selbstständigen Erledigung übertragen werden.

- (3) Der Stadtrat behält sich darüber hinaus die Beschlussfassung über folgende Angelegenheiten vor:
- a) den Wirtschaftsplan von Eigenbetrieben;
 - b) den Erwerb von Vermögensgegenständen, soweit diese nicht für den laufenden Geschäftsbetrieb bestimmt sind und nicht in die Zuständigkeit des Haupt-, Finanz- oder Bau- und Werkausschusses (§ 20 dieser Geschäftsordnung) oder des Bürgermeisters (§ 21 dieser Geschäftsordnung) fallen;
 - c) die Bildung und Beteiligung an Zweckverbänden, den Abschluss von Zweckvereinbarungen oder Arbeitsgemeinschaften i. S. d. Thüringer Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG), die Mitgliedschaft in sonstigen juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechts sowie
 - d) allgemeine Regelungen zur Benutzung öffentlicher Einrichtungen nach bürgerlichem Recht.

§ 19 Ausschüsse des Stadtrats

- (1) Der Stadtrat bildet für bestimmte Aufgabenbereiche die in § 20 dieser Geschäftsordnung näher genannten vorbereitenden und beschließenden Ausschüsse.
- (2) Die Ausschüsse bestehen jeweils aus dem Bürgermeister und sechs weiteren Ausschussmitgliedern. Der Bürgermeister kann einen Beigeordneten mit seiner

Vertretung im Ausschuss beauftragen; dieser hat in dem Fall Stimmrecht im Ausschuss.

- (3) Bei der Zusammensetzung der Ausschüsse hat der Stadtrat dem Stärkeverhältnis der in ihm vertretenen Parteien, Wählergruppen und Zusammenschlüssen Rechnung zu tragen; soweit Fraktionen bestehen, sind diese der Berechnung zu Grunde zu legen. Bei der Zusammensetzung der Ausschüsse bleibt die Zugehörigkeit des Bürgermeisters oder des ihn nach Absatz 2 Satz 2 vertretenen Beigeordneten zu einer Fraktion, Partei oder Wählergruppe unberücksichtigt.
- (4) Die Ausschusssitze werden nach dem Höchstzahlenverfahren nach d'Hondt verteilt. Haben dabei mehrere Fraktionen, Parteien, Wählergruppen oder Zusammenschlüsse den gleichen Anspruch auf einen Sitz, so entscheidet die höhere Stimmenzahl, die bei den Wahlen zum Stadtrat erlangt wurde. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los. Der Losentscheid ist für jeden Ausschuss gesondert durchzuführen
- (5) Für den Fall, dass die Zahl der Ausschusssitze die Zahl der Stadtratsmitglieder übersteigt, kann jedes Stadtratsmitglied, das im Übrigen keinen Ausschusssitz besetzt, verlangen, in einem Ausschuss mit Rede- und Antragsrecht mitzuwirken. Dazu hat das Stadtratsmitglied einen schriftlichen Antrag an den Bürgermeister zu stellen. Darin kann ein unverbindlicher Vorschlag zur Mitwirkung in einem bestimmten Ausschuss enthalten sein. Der Stadtrat entscheidet mit einfacher Stimmenmehrheit durch Beschluss, welchem Ausschuss dieses Stadtratsmitglied zugewiesen wird.
- (6) Verändert sich während der Amtszeit das Stärkeverhältnis der Fraktionen, Parteien, Wählergruppen oder Zusammenschlüsse im Stadtrat, so sind diese Änderungen nach vorstehendem Absatz 4 auszugleichen. Scheidet ein Stadtratsmitglied aus der ihn entsendenden Fraktion, Partei, Wählergruppe oder dem Zusammenschluss aus, so verliert es seinen Sitz im Ausschuss.
- (7) Für jedes Ausschussmitglied wird für den Fall seiner Verhinderung ein Stellvertreter namentlich bestellt.
- (8) Auf Vorschlag der Fraktionen erfolgt die Besetzung der Ausschusssitze und die Benennung der jeweiligen persönlichen Vertreter der Ausschussmitglieder durch Beschluss des Stadtrates.
- (9) In Ausnahmefällen kann im Fall der Verhinderung des Ausschussmitgliedes und seines persönlichen Vertreters die jeweilige Fraktion ein anderes Fraktionsmitglied als Ausschussmitglied entsenden.
- (10) Die Ausschüsse wählen aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Der gewählte Vorsitzende kann aus seiner Funktion von dem jeweiligen Ausschuss abberufen werden.
- (11) Den Vorsitz im Hauptausschuss hat der Bürgermeister inne. Im Falle seiner Verhinderung führt sein Stellvertreter, der Stimmrecht im Hauptausschuss hat, den Vorsitz. Aus seiner Funktion als Vorsitzender des Hauptausschusses kann der

Bürgermeister nicht abberufen werden; gleiches gilt im Fall der Verhinderung des Bürgermeisters für seinen Stellvertreter.

- (12) Die Sitzungen vorberatender Ausschüsse sind nicht öffentlich. Im Übrigen finden auf den Geschäftsgang der Ausschüsse sowie der Ortsteilräte der Stadt Apolda die Bestimmungen der §§ 1 bis 15 dieser Geschäftsordnung, insbesondere zur Einberufung, zur Teilnahmepflicht, zur Öffentlichkeit, zur Tagesordnung, zur Beschlussfähigkeit, zur persönlichen Beteiligung, zur Sitzungsleitung, zur Abstimmung und zur Niederschrift entsprechende Anwendung.
- (13) Mitglieder des Stadtrats können als Zuhörer auch an den nichtöffentlichen Sitzungen eines Ausschusses teilnehmen, welchem sie nicht als Mitglied angehören. Dies gilt nicht bei persönlicher Beteiligung gemäß § 6 dieser Geschäftsordnung.

§ 20 Bildung der Ausschüsse

- (1) Der Stadtrat bildet folgende beschließende Ausschüsse:
- a) den Hauptausschuss,
 - b) den Finanzausschuss,
 - c) den Bau- und Werkausschuss sowie
 - d) den Kultur- und Sozialausschuss.

Beschließende Ausschüsse entscheiden im Rahmen der ihnen zugewiesenen Aufgabenbereiche anstelle des Stadtrates. In Fällen, in denen der Stadtrat zuständig ist, sind sie vorberatend tätig.

Bestehen Zweifel darüber, ob der Stadtrat oder ein beschließender Ausschuss zuständig ist, so beschließt der Stadtrat.

- (2) Der Hauptausschuss hat insbesondere folgende Aufgabenbereiche:
- Vorbereitung der Sitzungen des Stadtrats
 - Koordination der Arbeit aller Ausschüsse
 - Öffentlichkeitsarbeit
 - Personal
 - Allgemeine Verwaltung einschließlich technikunterstützte Informationsverarbeitung und Organisation
 - Recht
 - Statistiken und Wahlen
 - Ordnungsangelegenheiten einschließlich, Personenstand, Einwohnermeldewesen, Gewerbesachen, Schiedsamt, Straßenverkehr
 - Brand- und Katastrophenschutz
 - Archiv
 - Wirtschaftsförderung
 - Partnerschaften.

Soweit nicht der Bürgermeister gemäß § 21 dieser Geschäftsordnung zuständig ist, kann der Hauptausschuss im Rahmen der vorstehenden Aufgaben anstelle des

Stadtrats bis zu einem Gegenstandswert von 125.000 EUR gemäß § 26 Abs. 1 und Abs. 3 ThürKO abschließend entscheiden.

Abweichend davon entscheidet er bei dem Beitritt zu Vereinen und Organisationen sowie dem Austritt aus ihnen bei einem jährlichen Mitgliedsbeitrag bis 5.000 EUR.

Darüber hinaus ist er für folgende Personalentscheidungen der zuständige Ausschuss gemäß § 29 Abs. 3 Satz 3 ThürKO:

- a) Ernennung, Abordnung, Versetzung, Versetzung in den Ruhestand und Entlassung der Beamten des gehobenen und höheren Dienstes (ab Besoldungsgruppe A 9)
- b) Einstellung, Höhergruppierung und Entlassung der Tarifbeschäftigten ab Entgeltgruppe 9 bzw. ab S 9 für den Sozial- und Erziehungsdienst.

(3) Der Finanzausschuss hat insbesondere folgende Aufgabenbereiche:

- Liegenschaften
- Finanzen einschließlich Haushalt, Steuern, Zahlungsabwicklung, Mahnung und Vollstreckung
- Steuerung und Controlling einschließlich Beteiligungsmanagement
- Märkte
- Steuern, Zuweisungen, Umlagen
- Schuldendienst
- Beteiligungen, Anteile, Wertpapiere.

Soweit nicht der Bürgermeister gemäß § 21 dieser Geschäftsordnung zuständig ist, entscheidet der Finanzausschuss anstelle des Stadtrats gemäß § 26 Abs. 1 und 3 ThürKO abschließend bis zu folgenden Beträgen im Einzelfall:

- a) über 5.000 EUR bis 15.000 EUR für die Niederschlagung und den Erlass von Forderungen der Stadt im Einzelfall,
- b) über 10.000 EUR für die Niederschlagungen und den Erlass von Forderungen der Stadt gegenüber Schuldnern, die eine Vermögensauskunft abgegeben haben oder deren Insolvenzverfahren abgeschlossen ist,
- c) über 25.000 EUR bei der Stundung von Beträgen,
- d) über 25.000 EUR bis 100.000 EUR bei der Bewilligung von über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Verwaltungs- oder Vermögenshaushalt, jeweils im Einzelfall, soweit die Ausgaben unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist,
- e) über 25.000 EUR bis 125.000 EUR bei dem Verkauf von beweglichem Vermögen,
- f) bis 25.000 EUR bei der Übernahme von Bürgschaften,
- g) über 12.000 EUR bis 125.000 EUR pro Jahr bei Abschluss von Miet- und Pachtverträgen,
- h) über 25.000 EUR bis 125.000 EUR bei dem Abschluss von Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäften über Grundstücke und Gebäude im Einzelfall, außer Verkauf oder Tausch,
- i) über 25.000 EUR bis 125.000 EUR bei der Abgabe von Erklärungen über dingliche Rechte,
- j) über 25.000 EUR bis 50.000 EUR bei der Verwendung der Deckungsreserve,

k) bis 125.000 EUR bei dem Abschluss sonstiger Rechtsgeschäfte, sofern nicht anderweitige Regelungen bestehen.

- (4) Der Bau- und Werkausschuss hat insbesondere folgende Aufgabenbereiche:
- Zentrales Grundstücks- und Gebäudemanagement
 - Kommunaler Service
 - Räumliche Planung und Entwicklung (Stadtplanung)
 - Bau- und Grundstücksordnung
 - Verkehrsflächen und –anlagen, Parkeinrichtungen
 - Stadtreinigung / Winterdienst
 - Öffentliches Grün einschließlich Gewässer und Land- u. Forstwirtschaft
 - Friedhöfe
 - Eigenbetriebe.

Soweit nicht der Bürgermeister gemäß § 21 dieser Geschäftsordnung zuständig ist, kann der Bau- und Werkausschuss im Rahmen der vorstehenden Aufgaben anstelle des Stadtrats bis zu einem Gegenstandswert von 125.000 EUR gemäß § 26 Abs. 1 und Abs. 3 ThürKO abschließend entscheiden.

- (5) Der Kultur- und Sozialausschuss hat insbesondere folgende Aufgabenbereiche:
- Museum
 - Bibliothek
 - Kultur
 - Soziales einschließlich Vereinsförderung,
 - MGH
 - Kindertageseinrichtungen
 - Jugendarbeit
 - Sport
 - Tourismus und Fremdenverkehr.

Soweit nicht der Bürgermeister gemäß § 21 dieser Geschäftsordnung zuständig ist, kann der Kultur- und Sozialausschuss im Rahmen der vorstehenden Aufgaben anstelle des Stadtrats bis zu einem Gegenstandswert von 125.000 EUR gemäß § 26 Abs. 1 und Abs. 3 ThürKO abschließend entscheiden.

- (6) Soweit die beschließenden Ausschüsse im Rahmen ihres Aufgabenbereichs nicht anstelle des Stadtrats endgültig gemäß § 26 Abs. 1 und 3 ThürKO beschließen und der Bürgermeister nicht nach § 21 dieser Geschäftsordnung zuständig ist, sind diese Ausschüsse vorberatend tätig. In dieser Funktion sollen sie die ihnen übertragenen Gegenstände für die Beratung im Stadtrat vorbereiten und dem Stadtrat einen Beschlussvorschlag unterbreiten.
- (7) Das Recht des Stadtrats, die Entscheidung weiterer Angelegenheiten auf einen beschließenden Ausschuss zu übertragen, bleibt von den vorstehenden Regelungen unberührt.
- (8) Der Stadtrat kann Entscheidungen im Einzelfall gemäß § 26 Abs. 3 Satz 2 ThürKO an sich ziehen und Beschlüsse eines Ausschusses aufheben oder ändern.

- (9) Zusätzlich zu den unter Absatz 1 genannten beschließenden Ausschüssen bildet der Stadtrat den Rechnungsprüfungsausschuss als ausschließlich vorberatenden Ausschuss.

Der Rechnungsprüfungsausschuss unterstützt die regelmäßige Rechnungsprüfung durch das Landratsamt. Ergänzend dazu kann er in Einzelfällen bei Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises stichproben- oder schwerpunktartig selbst Aufgaben der Rechnungsprüfung übernehmen.

§ 21 Zuständigkeit des Bürgermeisters

- (1) Der Bürgermeister leitet die Stadtverwaltung, bestimmt die Geschäftsverteilung und vollzieht die Beschlüsse des Stadtrats und der Ausschüsse.
- (2) Der Bürgermeister erledigt in eigener Zuständigkeit:
- a) die laufenden Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises der Stadt, die für die Stadt keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen;
 - b) die Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises der Stadt § 3 ThürKO);
 - c) alle personalrechtlichen Entscheidungen, mit Ausnahme der in § 20 Abs. 2 dieser Geschäftsordnung genannten Maßnahmen, für die er der Zustimmung des Hauptausschusses bedarf;
 - d) die ihm im Einzelfall durch Beschluss des Stadtrats mit dessen Zustimmung oder allgemein durch die Hauptsatzung zur selbstständigen Erledigung übertragenen Angelegenheiten.

§ 22 Sprachform, Änderungen, Inkrafttreten und Außerkrafttreten

- (1) Die in dieser Geschäftsordnung verwendeten personenbezogenen Bezeichnungen gelten für Frauen in der weiblichen, für Männer in der männlichen Sprachform.
- (2) Regelungen der Geschäftsordnung können im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben durch Beschluss des Stadtrats jederzeit geändert, aufgehoben oder ergänzt werden.
- (3) Diese Geschäftsordnung tritt mit der Beschlussfassung durch den Stadtrat in Kraft. Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung vom 03. Juli 2019 in der Fassung der Änderung der Geschäftsordnung vom 23. September 2020 außer Kraft.

Apolda, 24.11.2022

Stadt Apolda

Rüdiger Eisenbrand
Bürgermeister

(Dienstsiegel)